

Kurt Hübner

»Wer Macht hat, kann sich alles erlauben!«

Anmerkungen zu den Konzepten Hegemonie - Dominanz - Macht - Kooperation in der globalen Ökonomie

Zusammenfassung: Seit mehreren Jahren wird die »Hegemoniekrise der USA« und deren Auswirkungen auf die Funktionsweise der globalen kapitalistischen Ökonomie breit diskutiert. Aus der empirischen Feststellung eines relativen Rückgangs der ökonomischen Stärke der USA wird in vielen Beiträgen der Schluß gezogen, die USA hätten innerhalb der Weltwirtschaft an ökonomischer Macht verloren. Die These lautet, daß eine solche Schlußfolgerung sich allein analytisch unzureichenden Machtkonzepten verdankt, die diesen Untersuchungen zugrunde gelegt werden. Im Gegensatz zu der Mehrheit der Literatur wird behauptet, daß von einer Hegemoniekrise nur gesprochen werden kann, wenn und weil die USA ihre strukturelle Macht zur Verfolgung interner politischer und ökonomischer Ziele einsetzen.

1. Einleitung

Nur wenige sozialwissenschaftliche Konzepte erfreuen sich einer derart weiten Beliebtheit und sind zugleich derart unpräzise wie das der »Macht«. Häufig genug fungiert »Macht« als begriffliches Passepartout, das immer dann aus dem Schatzkästlein der Theoretiker geholt wird, wenn bloße Strukturanalyse und auf soziale Gesetzmäßigkeiten abstellende Untersuchungen in Erklärungsnotstände geraten. So sollte es deshalb nicht als individuelle Resignation verstanden werden, wenn etwa Max Weber angesichts der von ihm konstatierten »soziologisch amorphen« Qualität des Machtbegriffes seine Aufmerksamkeit auf den Tatbestand von Herrschaft richtete. Weder die Politikwissenschaften noch die ökonomische Theorie sind allerdings dieser Empfehlung von Weber zur Verschiebung des Erklärungsgegenstandes gefolgt. Im Gegenteil: Macht ist wieder zu einem Thema geworden. Dies gilt auch und gerade für das Feld der globalen Ökonomie. Insbesondere im Zusammenhang mit der in den letzten Jahren vehement geführten Debatte um die Hegemoniekrise der USA läßt sich von einer Renaissance des Begriffes »Macht« sprechen. Die Analysen über die Veränderung der Machtposition der USA in der globalen Ökonomie seit den siebziger Jahren sind kaum mehr zu überblicken. Ökonomisch-historische Studien wie etwa die von Paul Kennedy über den »Aufstieg und Fall Großer Mächte« (Kennedy 1989) haben es sogar geschafft, zum Interpretationsmodell der Titelgeschichten von Tageszeitungen, Magazinen und Journalen zu werden.

Die weltpolitischen Ereignisse des Sommers 1990 bieten sich als nahezu ideales Demonstrationsobjekt an, um zu veranschaulichen, welche komplexen Zusammenhänge angesprochen sind, wenn von einem Machtverlust oder auch einem Machtgewinn der USA im globalen Kapitalismus gesprochen wird. Da war zunächst der scheinbar wie aus heiterem Himmel kommende Überfall des Erdölemirats Kuwait durch Saddam Hussein, auf den die USA mit der größten militärischen Mobilmachung seit 1945 antworteten. Erinnert man sich der zahlreichen direkten und indirekten Interventionen der USA in Regionen der Dritten Welt, dann wird diese jüngste Demonstration militärischer Macht nicht Erstaunen auslösen. Bemerkenswert sind allein die Umstände, unter denen die USA heute ihre Rolle des Weltpolizisten spielen. Im Unterschied zu den Zeiten des bipolaren Blockgegensatzes müssen die Vereinigten Staaten heute keinerlei Rücksichten auf strategische Interessen der Sowjetunion nehmen, ja schwenken die vormaligen Revolutionshüter auf den weltpolitischen »Sicherheitskurs« der USA ein. Und noch bedeutsamer: Die USA können sich nur als Weltpolizei gebärden, wenn und weil ihre Alliierten sich finanziell an den Milliardenkosten des Aufmarsches am Golf beteiligen. Nichts macht die gegenüber der noch jüngsten Vergangenheit veränderte Lage deutlicher als die Bettelreise des Außenminister Baker um den Globus, mit der die notwendigen Dollarmilliarden zusammengebracht wurden¹. Doch damit nicht genug. Während sich die US-Truppen im Wüstensand einzurichten begannen, entbrannte in der Heimat eine heftige Auseinandersetzung über den Weg, wie das riesige, sich allein für das Jahr 1990 auf 300 Mrd. US-Dollar bewegende Haushaltsdefizit reduziert werden könnte. Nur durch eine ganze Reihe befristeter Zahlungsbefugnisse war es der Regierung Bush möglich, die Entlassung von Staatsbediensteten und die Schließung öffentlicher Einrichtungen abzuwenden.

Diese konkreten Umstände des demonstrativen Aufmarsches der USA im Nahen Osten geben verschiedenen Interpretationen Raum. Mit der sich vollziehenden Auflösung des bipolaren Blockgegensatzes, so könnte argumentiert werden, ist ein strategischer Raum in der Weltpolitik entstanden, der von den USA zur Sammlung des »Nordens« genutzt wird, um die immer wieder gefährdete Kontrolle über strategische Rohstoffe des »Südens« auf Dauer sicherzustellen. Der iranische Überfall auf Kuwait wäre dann nur ein willkommener Anlaß für die Erreichung des weiterreichenden Zieles der Re-Etablierung US-amerikanischer Macht im Weltmaßstab. Für einen Skeptiker wie den Historiker Paul Kennedy wiederum ist der militärische Aufmarsch der USA ein weiterer Schritt auf dem Weg des Hegemonieverlustes: Aufgrund des Mißverhältnisses zwischen militärischem Aufwand und ökonomischen Ressourcen werde eine »imperiale Überdehnung« befördert², die den weiteren Abstieg der USA zur Folge haben müsse. Die militärische Machtdemonstration steht dieser Interpretation zufolge also in eklatantem Mißverhältnis zu den ökonomischen Möglichkeiten der USA. In den Worten der vom Gouverneur des Bundesstaates New York eingesetzte Kommission zur Wettbewerbsfähigkeit der USA:

»Amerika hat es versäumt, sich der neuen Realität einer globalen Ökonomie anzupassen und ist gerade dabei, seinen Preis zu bezahlen. Dieser Preis wird nicht allein in ökonomischen Termini zu beziffern sein; die im nächsten Jahrzehnt anfallenden Konsequenzen werden über ein verlangsamtes ökonomisches Wachstum oder eine Stagnation des Lebensstandards und der Entfaltungsmöglichkeiten hinausgehen. Wie jeder Schuldner von dem Wohlwollen seines Gläubigers abhängt, werden bei weiter anhaltender Verschuldung unsere ausländischen Gläubiger ungebührlichen Einfluß auf unsere Zukunft und die Politik unsererer gewählten Regierung nehmen können« (Cuomo 1988, S.1; Übersetzung K.H.).

Sollte also der unter Führung der USA vorgenommene Aufmarsch im Nahen Osten das erste Beispiel einer Strategie des burden sharing in dem Sinne sein, daß die USA selbst Gefangene ihrer abbröckelnden ökonomischen Dominanz geworden sind?

Das Beispiel ist nicht seiner Aktualität wegen gewählt. Instruktiv ist es deshalb, weil es anschaulich zu machen vermag, wie gehaltlos oder doch wenigstens ambivalent die umstandslose Rede von »mächtiger Nation«, »Supermacht«, »Militärmacht«, »ökonomischer Macht«, »Weltmacht« und wie immer die Attribute lauten mögen, sein kann. Basiert Macht auf der Zahl der Gewehrläufe oder der finanziellen Ressourcen, über die ein Land autochthon verfügt? Um eine Klärung voranzutreiben, bietet es sich an, die seit etwa Mitte der siebziger Jahre breit geführte und gut dokumentierte Debatte um die Konsequenzen des behaupteten Niedergangs der US-amerikanischen Hegemonie für die Funktionsweise der globalen Ökonomie zum Diskussionsgegenstand zu wählen. Ich möchte zunächst einige Ambivalenzen bei der Sprechweise vom Niedergang der US-Hegemonie aufzeigen und dann die Zusammenhänge zwischen Hegemonie - Dominanz - Macht und weltwirtschaftlicher Stabilität diskutieren.

2. Hegemonieverlust der USA?

Für den Weltsystemtheoretiker Immanuel Wallerstein liegt der Tatbestand auf der Hand: »Es ist ein Faktum, daß keine US-Regierung den relativen Niedergang, den der Lebensstandard und die Macht der USA während der nächsten dreißig Jahre erfahren werden, aufhalten kann« (Wallerstein 1987, S.17). Sein historisch geschulter Blick erkennt, was die politische Klasse der USA zwar wahrnimmt, aber nicht zu akzeptieren bereit ist: Wie Venedig um das Jahr 1500, Holland ab etwa 1660, England ab etwa 1873 befinden sich die USA seit 1967 in einer Phase des hegemonialen Abstiegs, der quasi naturgesetzlich verläuft und gegen den sich politische Strategien als weitgehend wirkungslos erweisen. Hegemonie ist für Wallerstein eine Konstellation von »great powers«, bei der eine Macht primus inter pares ist, d.h. ein Staat in der Lage ist, seine Regeln und Vorstellungen in den ökonomischen, politischen, militärischen, diplomatischen und kulturellen Arenen der Weltwirtschaft durchzusetzen. Diese Fähigkeit (oder Macht) hat ihre letzte Basis in der überlegenen Effizienz auf den Feldern der landwirtschaftlichen und industriellen Produktion sowie bei der Bereitstellung finanzieller Dienstleistungen (Wallerstein 1984, S.38f.). Geht dieser Effizienzvorsprung verloren, entsteht eine Hegemoniekrise, die erst mit dem Auftritt einer neuen Hegemonialmacht beendet wird.

Zahlreiche Untersuchungen über den Verlust ökonomischer Dominanz und Vorherrschaft der USA scheinen wenn schon nicht den zwangsläufigen Ablauf so doch den relativen Niedergang US-amerikanischer Vorherrschaft in der Weltwirtschaft stützen zu können. Die bereits zitierte Cuomo-Kommission beispielsweise hat eindrucksvolle Belege für diese Entwicklung zusammentragen können: (1) Obwohl die USA während der achtziger Jahre im Vergleich zu der Gruppe entwickelter kapitalistischer Länder hohe Zuwachsraten des Sozialproduktes verzeichnen konnten, lagen die jahresdurchschnittlichen Zuwachsraten dieser Periode mit 2,4 Prozent weit unter den durchschnittlichen Wachstumsraten der sechziger (3,8 Prozent) und selbst noch der der krisenhaften siebziger (2,8 Prozent) Jahre. Begleitet ist dieser Rückgang der Wachstumsdynamik von einem parallelen Rückgang der Kapitalrentabilität und der Investitions- bzw. der Akkumulationsquote. (2) Trotz leichter Verbesserungen seit der zweiten Hälfte der achtziger Jahre sind die Wachstumsraten der Arbeitsproduktivität im Vergleich vor allem zu den fünfziger und sechziger Jahren seit den siebziger Jahren zurückgefallen. Insbesondere gegenüber Japan und der Bundesrepublik haben die USA infolgedessen in zentralen Bereichen ihren früheren Vorsprung im Niveau der Arbeitsproduktivität eingebüßt. (3) Seit 1975 konnten die USA keinen Überschuß ihrer Handelsbilanz mehr verzeichnen. Die extrem hohen Handelsbilanzdefizite gehen einher mit einem stetigen Rückgang des US-amerikanischen Anteils an den Weltexporten, der sektoral drastische Ausmaße erreichte, und einer ebenso bemerkenswerten Erhöhung des Importpenetrationsgrades. (4) Die Kombination aus hoch-defizitärer Handelsbilanz und schnell steigender Staatsverschuldung hat die USA während der achtziger Jahre zum größten Nettoschuldner der Weltwirtschaft gemacht. (5) Einen steilen Anstieg des Schuldenkoeffizienten haben neben dem Staat die privaten Haushalte, der Unternehmenssektor und die Landwirtschaft zu verzeichnen (vgl. die Daten in Cuomo 1988, S.2-17).

Dieses düstere Bild wird von einer ganzen Reihe weiterer Studien gestützt (vgl. etwa Rapping 1988, S.5 ff.; Behrman 1987, S.14ff.; Starr/Ullmann 1988, S.43ff.; Carvounis 1988). Über das quantitative Ausmaß des US-amerikanischen Dominanzverlustes sind diese Untersuchungen allerdings genauso uneins wie über die Implikationen für die Funktionsweise der globalen Ökonomie. So behauptet beispielsweise Kennedy (1989, S.432), daß der US-amerikanische Anteil an der weltweiten Produktion der verarbeitenden Industrie von knapp 50 Prozent Ende der vierziger Jahre auf 31,5 Prozent im Jahr 1980 zurückgefallen sei, während Branson (1980, S.192) zu dem Ergebnis gelangt, Ende der siebziger Jahre hätte der Weltmarktanteil der USA noch knapp 37 Prozent betragen. Mögen solche quantitativen Differenzen noch statistischen Diskrepanzen und Erfassungsproblemen geschuldet sein, so läßt sich am Beispiel des Handelsbilanzdefizits zeigen, daß auch methodische Probleme eine Rolle spielen, wenn ein langanhaltendes Defizit umstandslos mit einem Dominanzverlust gleichgesetzt wird. Sicherlich ist die Handelsbilanz ein insgesamt recht zuverlässiges Erfassungsinstrument der zwischen In- und Ausland verlaufenden Warenströme; wegen ihrer strikt geogra-

phisch-nationalstaatlichen Definition enthält sie jedoch auch eine systematische Verkenntung der tatsächlichen Leistungsfähigkeit (und Dominanz) eines ökonomischen Strukturkomplexes. Um realistische Aussagen über die Konkurrenzfähigkeit eines solchen Komplexes zu machen, wäre es methodisch notwendig, neben den in der Handelsbilanz verzeichneten Warenex- und -importen auch die Ex- und Importe der von US-Unternehmen kontrollierten, im Ausland befindlichen Produktionsbetriebe zu erfassen (vgl. Strange 1987, S.564).³ Dieser Einwand gegen den verbreiteten Kurzschluß Handelsbilanzdefizit = Dominanzverlust ist im Falle der USA besonders triftig, verzeichnet die US-Wirtschaft infolge ihrer frühzeitig eingeleiteten Internationalisierungsstrategie doch nach wie vor den höchsten Bestand an ausländischen Direktinvestitionen. Hilke/Nelson (1988, S.144) zitieren eine Untersuchung von Lipsey (1985), der versucht hat, diesem methodischen Kriterium zu folgen und dabei zu dem Ergebnis kam, daß zwischen 1957 und 1977 sich der Anteil der von ausländischen Filialen US-amerikanischer multinationaler Konzerne getätigten Exporte an den gesamten Exporten (jetzt definiert als Summe US-amerikanischer Exporte und Exporte US-kontrollierter Filialen) von 17,5 auf mehr als 40 Prozent erhöht hat. Dies deutet darauf hin, daß eine dem Globalisierungsprozeß des Kapitals adäquate Erfassungsmethode von Warenströmen für die USA ein deutlich besseres Resultat erbringen würde als es die traditionelle Handelsbilanz zum Ausdruck bringt. Strange (1988, S.235), die sich diesen methodischen Einwand zu eigen macht, läßt sich sogar zu der Behauptung verführen, die USA würden auch in den achtziger Jahren die globalen Handelsströme dominieren. So richtig nun der vorgetragene methodische Einwand ist, so unsystematisch wird er allerdings auch in die Debatte eingebracht. Unterschlagen wird nämlich, daß eine solche Korrektur auch für alle die Filialen und Betriebe des Standortes USA durchgeführt werden müßte, deren Konzernzentralen ihren Sitz nicht in den USA haben. Auch wäre dieses Verfahren auf alle ökonomischen Strukturkomplexe anzuwenden. Im Falle von Japan, Frankreich, Großbritannien und der Bundesrepublik dürfte infolge der hohen ausländischen Direktinvestitionen dann davon ausgegangen werden, daß ihre Exportziffern weit höher ausfallen als sie in den nationalstaatlich definierten Handelsbilanzen zum Ausdruck kommen. Zu vermuten wäre mithin, daß auch bei einem solchen Erfassungsverfahren die USA eine Verschlechterung ihrer Wettbewerbsposition zu verzeichnen hätten. Auf ein zweites Relativierungsargument lohnt es sich einzugehen. Nicht selten wird argumentiert, daß das Handelsbilanzdefizit allein Ausdruck des ungleichen Wachstumstempos der USA im Vergleich zum Rest der Weltwirtschaft sei, das sich infolge der hohen Einkommenselastizität und der im internationalen Vergleich niedrigen Preiselastizität der US-amerikanischen Importe in einem Anstieg der importierten Gütermengen niederschläge (vgl. dazu Kremp/Mistral 1985). Einem solchen Analyseschema zufolge könnte das Handelsbilanzdefizit als Ausdruck einer im internationalen Vergleich hohen Wachstumsdynamik der US-Wirtschaft und mithin als Zeichen interner Stabilität gedeutet werden. Dieser Deutung stehen allerdings die Ergebnisse einer Reihe ökonometrischer Untersuchungen

entgegen. Eine auf Elastizitäten und Wachstumsratendifferentiale abstellende Analyse übersieht aber vor allem, daß die hohen Importe der USA seit den achtziger Jahren auch Ausdruck qualitativer Präferenzen der US-Nachfrager (Produktqualität, Lebensdauer, Reparaturanfälligkeit etc.) und industriestruktureller Verschiebungen sind, was wiederum auf eine Konkurrenzschwäche der US-Wirtschaft hindeutet, die nicht allein oder vorrangig preisliche Gründe hat (vgl. dazu Funke 1989).

Auch gegen die Behauptung, die USA hätten sich seit 1985 von einem Nettogläubiger zu einem Nettoschuldner der Weltwirtschaft entwickelt, werden Einwände geltend gemacht. Weil das US-amerikanische Commerce Department die Direktinvestitionen der USA zu ihren Buchwerten und nicht zu den Marktwerten bewerte, so der Einwand, entspräche der Nettoschuldnerstatus eher einer statistischen Fiktion denn der Realität (vgl. Friedberg 1989, S.409). Weil nämlich die US-amerikanischen ausländischen Direktinvestitionen generell älteren Datums sind als die Direktinvestitionen von Ausländern in den USA, werde mit diesem Bewertungsverfahren eine Verzerrung erzeugt, die sich in einer systematischen Unterbewertung der Auslandsdirektinvestitionen der USA niederschläge. Auch wird zu bedenken gegeben (so etwa Strange 1987, S.564), daß der Anstieg der Auslandsverbindlichkeiten der USA Ausdruck der weiterhin bestehenden Weltgeldrolle des US-Dollar sei, weswegen insbesondere nationale Notenbanken ihre Dollarreserven in den USA hielten und entsprechend das Maß der Verbindlichkeiten angestiegen sei. So richtig der Verweis auf die nach wie vor existente Weltgeldrolle des US-Dollar ist, so wenig vermag er allerdings das Problem der Außenverschuldung der USA zu relativieren. Sektorale Analyse der Schuldenposition der USA vermochten zu zeigen, daß seit Anfang der achtziger Jahre die Kapitalströme in die USA insgesamt und insbesondere die ausländischen Anlagen in US-amerikanische Staatspapiere beträchtlich an Ausmaß und Tempo gewonnen (vgl. Friedberg 1989, S.409) und die USA in eine Nettoschuldnerposition getrieben haben.

Selbst eine vorsichtige Interpretation der Untersuchungen zur Stellung der USA in der Weltwirtschaft in den achtziger Jahren muß mithin zu dem Ergebnis kommen, daß die zugrundeliegenden ökonomischen Indikatoren eine Verschlechterung der Situation gegenüber vor allem der »golden age«-Phase der fünfziger und sechziger Jahren anzeigen. Ausgedrückt in Begriffen von Wachstumsraten handelt es sich nicht um eine absolute sondern um eine relative Verschlechterung. Dieser relative Niedergang der ökonomischen Position der USA in der globalen Ökonomie, so haben Untersuchungen gezeigt (vgl. bspw. Altvater/Hübner/Stanger 1983), ist wesentlich auf einen catch up-Prozess der anderen entwickelten kapitalistischen Länder zurückzuführen - der allerdings nicht zuletzt unter den Bedingungen eines US-gesteuerten globalen Kapitalismus möglich war (vgl. dazu unten). Keineswegs geklärt ist allerdings die Frage, ob diese Verschlechterung ökonomischer Indikatoren auch eine Reduzierung der ökonomischen Macht oder Hegemonie der USA impliziert. Immerhin sind die Zusammenhänge zwischen ökonomischer Perfor-

manz und Macht und/oder Hegemonie keineswegs so eindeutig wie sie etwa von Wallerstein und anderen Vertretern der These des Hegemonieverfalls behauptet werden. Gilpin (1975, S.33ff.) etwa führt aus, daß Macht nur dann ein sinnvolles Konzept sei, wenn es relational gefaßt werde, also als Macht eines Akteurs gegenüber der jeweiligen Macht anderer Akteure. Von Ilgen (1985, S.2) wird deshalb vorgeschlagen, zwischen ökonomischer Stärke (economic strength) und ökonomischer Macht (economic power) klar zu unterscheiden. Ökonomische Stärke ist ihm zufolge ein absolutes Konzept, das durch eine Bestandsaufnahme ökonomischer Ressourcen (Reichtum) und ökonomischer Performanz-Indikatoren operationalisiert werden kann. Ökonomische Macht ist demgegenüber die Fähigkeit von Staaten, die Prinzipien und Prozeduren des internationalen Regimes, an dem sie teilhaben, zu strukturieren und zu restrukturieren. Der Verlust an ökonomischer Stärke eines Staates kann aber muß nicht den Verlust an ökonomischer Macht implizieren. Ein so handlungs- und entscheidungsorientiert bestimmter Machtbegriff muß sich selbstredend gegen Operationalisierungen in Bestandsgrößen und absoluten Ziffern sperren. Eine bloße Verschlechterung der Ressourcenausstattung oder der Entwicklung zentraler ökonomischer Variabler reicht dann nicht aus, um von einem Macht- und /oder Hegemonieverlust sprechen zu können. Folgt man nun einer solchen ersten begrifflichen Unterscheidung, dann liegt auf der Hand, daß die bislang diskutierten Arbeiten allein einen Verlust an ökonomischer Stärke der USA im Zeitablauf (und teilweise im internationalen Vergleich) konstatiert haben. Ich werde im nächsten Schritt zu zeigen versuchen, wie die Konzepte Hegemonie - Dominanz - Macht in der einschlägigen Literatur zur Hegemonietheorie konfundiert und entsprechende interpretatorische Kurzschlüsse geradezu provoziert werden.

3. Machtparadoxien im globalen Kapitalismus

3.1. Stabilität und Gleichgewicht in der Weltwirtschaft

Die ökonomische Theorie in ihrer orthodoxen Ausrichtung und die Politikwissenschaften beschreiben einen gleichen Untersuchungsgegenstand - die Weltwirtschaft als Raum ökonomischer Reproduktion und politischer Organisation - recht unterschiedlich. Die ökonomische Orthodoxie definiert die globale Ökonomie vergleichbar ihrem Modell der geschlossenen Volkswirtschaft, mit dem gewichtigen Unterschied, daß das System der globalen Ökonomie gegenüber dem Modell der geschlossenen Volkswirtschaft einen Markt mehr umfaßt, nämlich den Devisenmarkt. Mit der Annahme eines reinen Preisnehmerverhaltens wird jeglicher Einfluß der ökonomischen Akteure auf das Resultat der Interaktionen, und damit auch jegliche Existenz von Macht ausgeschlossen. Die globale Ökonomie wird entsprechend als eine harmonische Veranstaltung beschrieben, bei der aus welchen Gründen auch immer auftretende Schocks und Störungen qua wirkenden Marktkräften und positiven Rückkopplungsschleifen des Marktsystems überwun-

den werden und entsprechend Gleichgewichtstendenzen überwiegen. Demgegenüber dominieren in den Politikwissenschaften Konzepte, die die globale Ökonomie - üblicherweise bestimmt als das internationale Staatensystem - als eine Beziehung zwischen Staaten fassen, die sich quasi im Hobbeschen Naturzustand befinden und entsprechend versuchen, ihre Macht zu maximieren und/oder ihre Sicherheit und Souveränität in der Auseinandersetzung mit anderen Staaten zu behaupten. Daraus ergibt sich das Bild eines anarchischen Beziehungsgeflechtes, das von den Staaten ständig reproduziert und konstituiert wird. Anstelle von Harmonie herrscht Konflikt, der Krieg Aller gegen Alle - der nur im Zaum gehalten werden kann, wenn es gelingt, die Konflikte zu mediatisieren. Während also Konzepten wie Macht, Dominanz und Hegemonie in der ökonomischen Orthodoxie wenig Raum gelassen wird, ist in den Politikwissenschaften, soweit das internationale System angesprochen ist, davon permanent die Rede.

»Gleichgewicht« und »Stabilität« zählen mithin zu den Schlüsselbegriffe der ökonomischen Orthodoxie. Stabile allgemeine Gleichgewichte, d.h. Situationen, in denen ein System aus exogenen Gründen aus einer gleichgewichtigen Situation gebracht wird und es aus eigenen Kräften wieder zum Gleichgewichtspunkt zurückkehrt, finden sich vor allem in der neoklassischen Theorie. Soweit es sich dabei um ein methodisches Konzept handelt, kann ein solch allgemeines Verständnis von Gleichgewicht und Stabilität durchaus von Nutzen sein: Schließlich kann von Instabilität nur sinnvoll gesprochen werden, wenn ein Verständnis von Stabilität entwickelt ist. Das eigentliche Problem des neoklassischen Konzeptes eines stabilen Gleichgewichts besteht in den dort enthaltenen Konzeption des Verhaltens zentraler ökonomischer Variablen und damit auch - dynamisch betrachtet - über den Anpassungspfad des ökonomischen Systems im Falle einer Störung des Gleichgewichts. Die Machtverschwiegenheit der Neoklassik ist dabei weniger die Folge der (mangelnden) Realitätstüchtigkeit ihrer Prämissen als ihres hermetischen Konzeptes des ökonomischen Prozesses, der nicht als strategischer Raum ökonomischer Akteure sondern als quasi-automatische Maximierungs- resp. Minimierungsmaschinerie unter Bedingungen vollkommener Sicherheit beschrieben wird. In der Literatur (vgl. dazu als Übersicht Stanger 1988) wurde überzeugend gezeigt, daß vor allem die neoklassischen Konzepte von Konkurrenz und vor allem das ahistorische Konzept von Zeit die eigentlichen Stabilitäts- und Anpassungsprobleme kapitalistischer Systeme ausblenden. Gibt man neben der Annahme unendlich schneller Anpassungsgeschwindigkeiten der ökonomischen Variablen auch die neoklassische Annahme vollkommener Information und Sicherheit der Akteure über Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft auf und berücksichtigt man darüberhinaus, daß kapitalistische Ökonomien Geldwirtschaften sind, dann zeigt sich eine inhärente Tendenz zur Instabilität ökonomischer Prozesse (vgl. etwa Herr 1987). Harmonie ist die Ausnahme und Disharmonie die Regel in der Entwicklung der globalen Ökonomie. Die historisch angeleitete Analyse macht allerdings darauf aufmerksam, daß diese Tendenz zur Instabilität und Disharmonie für bestimmte Zeiträume gebrochen werden kann. Theoretisch geht es

angesichts einer solchen Ausgangslage entsprechend darum, die Stabilisierungsleistungen zentraler Variablen zu bestimmen, d.h. zu erklären, wie und wodurch Instabilitätsprozesse gebrochen werden können. Bezogen auf geschlossene Volkswirtschaften liegt seit Keynes' General Theory eine - abstrakte - Antwort vor: Gerade aus der für kapitalistische Gesellschaften spezifischen Trennung zwischen Ökonomie und Politik (»funktionale Differenzierung«) erwächst eine Steuerungsressource für die ökonomischen Prozesse in Gestalt des Nationalstaates. Ohne an dieser Stelle das in der Literatur breit diskutierte Problem der Steuerungsfähigkeit der Ökonomie durch den Staat erneut aufwerfen zu wollen, soll hier allein behauptet werden, daß die neuere Literatur zur Stabilität der globalen Ökonomie nahezu einhellig, auch wenn dies selten kenntlich gemacht wird, von einem Stabilisierungsbedarf der globalen Ökonomie ausgeht. Der theoretische Ausgangspunkt all dieser Analysen ist also nicht das neoklassische allgemeine Gleichgewicht und dessen Stabilitätseigenschaften sondern ein Verständnis von Ungleichgewicht und Instabilität, das für die global-ökonomischen Prozesse als charakteristisch angesehen wird. Das weltwirtschaftliche Stabilitätsproblem unterscheidet sich dieser Position zufolge von dem binnenwirtschaftlichen Stabilitätsproblem in erster und in entscheidender Linie dadurch, daß auf der Ebene der Weltwirtschaft keine dem Nationalstaat vergleichbare Instanz existiert. Theoretisch läßt sich das Problem mit der Existenz der Devisenmärkte begründen (so etwa Lüken-Klaßen/Betz 1989, S.236). Auf diesen Märkten werden verschiedene nationale Gelder aus unterschiedlichen Motiven gehandelt. Die auf diesen Märkten sich einstellenden Preise reflektieren entsprechend Kauf- und Verkaufentscheidungen, Investitionsentscheidungen, Vermögens- und Portfolioentscheidungen sowie Währungssicherungsentscheidungen privater und öffentlicher nationaler Akteure und Institutionen. Wenn Angebot und Nachfrage sich entsprechen, dann entstehen weder Koordinierungs- noch Anpassungsprobleme: Die Weltwirtschaft ist vergleichbar mit einer nationalen Ökonomie, in der es nur ein Geld gibt. Anders liegt der Fall bei Abweichungen zwischen Devisenangebot und -nachfrage. In diesem Falle entsteht für die einzelnen Länder ein Anpassungsproblem, das auf verschiedene Weisen gelöst werden kann, die von der je bestehenden »internationalen Geldordnung« (Cohen 1977, S.4) bestimmt werden. Solche »Geldordnungen« bestehen nicht allein aus Märkten sondern enthalten immer auch politische Bestimmungen, die Hierarchiestrukturen der internationalen Staatenwelt reflektieren.

Unter Bezugnahme auf die in Frankreich entwickelte Theorie der Regulation (vgl. dazu Hübner 1989) kann man das hier aufgeworfene theoretische Problem abstrakt als die Suche nach weltwirtschaftlichen Regulationsweisen formulieren. Solche Regulationsweisen bestehen aus einem Netz von Normen, Prinzipien und Strukturen, das für einen bestimmten, wenn auch historisch kontingenten Zeitraum die erweiterte Reproduktion der kapitalistischen Weltwirtschaft gewährleistet. Ökonomische Stabilität - sei es auf nationaler oder auf weltwirtschaftlicher Ebene - läßt sich innerhalb dieses Theorierahmens als Resultat des Wirkens insti-

tioneller und struktureller Faktoren fassen, die Ordnung zur Folge haben. In einem solchen Rahmen können dann die jeweiligen Bedingungen stabiler Reproduktion formuliert werden und läßt sich gleichzeitig herausarbeiten, wie diese strukturellen Bedingungen unterminiert und letztlich auch zerstört werden können. Stabilität wäre mithin kein universaler Zustand eines Systems, sondern Kennzeichen einer bestimmten Phase innerhalb eines längerfristigen »Reproduktionszyklus«, das durch verschiedene Formen von Regulation sichergestellt werden kann.⁴

3.2. Hegemonie und strukturelle Macht

Die Theorien hegemonialer Stabilität und die mit ihnen verknüpften Diskussionen versuchen auf dieses abstrakte Problem theoretisch informierte Antworten zu geben. Ich will im weiteren argumentieren, daß die meisten dieser Antworten an begrifflichen Konfundierungen leiden, die sowohl das Problem vernebeln als auch die vorgeschlagenen Lösungen inakzeptabel machen. Exemplarisch läßt sich dies an den Arbeiten von Charles P. Kindleberger aufweisen, der - aufbauend auf der grundlegenden Arbeit von Brown (1940) - bereits in seiner Untersuchung der »Großen Depression« 1929/32 auf die zentrale Funktion einer hegemonialen Macht für die Stabilität weltwirtschaftlicher Reproduktionszusammenhänge aufmerksam gemacht hat (Kindleberger 1973, S.319). Sein damaliges Argument lautet, daß eine stabile Weltwirtschaft einen Stabilisator in Gestalt einer hegemonialen Nation bedürfe, die einen aufnahmefähigen Markt für Waren, einen stetigen und antizyklischen Kapitalexport und einen Rediskontmechanismus im Falle von Liquiditätsproblemen des internationalen Geldsystems zur Verfügung stelle. In einem jüngeren Text (1981, S.247) ergänzt er diese Liste noch durch die Aufgaben eines Managements der Struktur der Wechselkurse und einer Koordination der nationalen Geldpolitiken. Die so beschriebenen Aufgaben definieren für Kindleberger die hegemoniale Rolle innerhalb eines weltwirtschaftlichen Reproduktionszusammenhangs, der aus sich selbst heraus - so darf Kindleberger interpretiert werden - keine gleichgewichtigen Konstellationen zu schaffen vermag. Weltwirtschaftliches Gleichgewicht und dessen Stabilität ist demnach (a) eine Aufgabe der Politik und (b) eine Aufgabe des Staates, dessen ökonomischen Potentiale die Übernahme einer solchen Funktion zulassen. Die Begriffe Hegemonie und »leadership« (»Führungsrolle«) werden von Kindleberger synonym gebraucht (vgl. etwa Kindleberger 1988, S.134): »Führungsrolle« meint dabei die Fähigkeit eines Staates, andere von der Befolgung eines bestimmten Handlungsmusters zu überzeugen, und zwar auch dann, wenn dieses Handlungsmuster den kurzfristigen Interessen der anderen Akteure zuwiderläuft. Eingeschlossen in diese Definition ist die Fähigkeit der führenden Nation, ihren Willen gegen andersgerichtete Absichten anderer Staaten durchzusetzen. Dieses Verständnis von Hegemonie bzw. leadership entspricht nun allerdings recht exakt der herrschaftssoziologischen Definition von Macht in der Tradition von Max Weber, die Macht innerhalb sozialer Beziehungen als die Chance eines Akteurs faßt, seinen Willen gegen die Vor-

stellungen anderer Akteure durchsetzen zu können. Mit Strange (1987, S.564; 1989) läßt sich diese Ausprägung einer sozialen Beziehung als relationale Macht beschreiben. Hegemonie, leadership und (relationale) Macht bezeichnen dann den gleichen Tatbestand. Weil nun aber Kindleberger die Fähigkeit zur Ausübung von leadership darüberhinaus auch noch an die überlegene Ressourcenausstattung eines Landes knüpft, ergibt sich die Gleichsetzung: Hegemonie = leadership = (relationale) Macht = ökonomische Stärke.

Diese begriffliche Konfundierung teilt Kindleberger mit Autoren wie Keohane und Wallerstein, die völlig anderen theoretischen Traditionen verpflichtet sind. In Keohanes liberaler Theorieperspektive beispielsweise werden solche Nationen zu hegemonialen Mächten, die die internationale Rohstoffversorgung und die globalen Kapital- und Gütermärkte kontrollieren sowie bei der Produktion international stark nachgefragter Waren einen komparativen Vorteil genießen. Dieser Kriterienkatalog ist umfassender als etwa der von Wallerstein (1980, S.38), der - wie bereits angedeutet - von Hegemonie eines Staates dann spricht, wenn die Produkte einer Zentrums-Nation so effizient hergestellt werden können, daß sie nach und nach auch auf die Märkte anderer entwickelter Nationen vordringen und entsprechend diesem Land den höchsten Nutzen in einer maximal freien Weltwirtschaft verschaffen. Erst in späteren Phasen der Hegemonie kommt es ihm zufolge zur Kontrolle der internationalen Geld- und Kreditmärkte durch die Nation mit komparativen Vorteilen. Auch wenn Keohane (1984, S.39ff.) über die bloß ökonomische Bestimmung von Hegemonie hinausgeht und darauf verweist, daß von hegemonialen Mächten nur gesprochen werden könne, wenn das ökonomisch komparativ stärkste Land zusätzlich über überdurchschnittlich große militärische Macht verfügt, bleibt sein Hegemoniekonzept doch ebenso im Rahmen eines ökonomischen Ressourcen- und Performanzansatzes wie das von Wallerstein und Kindleberger. So ist es denn keineswegs überraschend, wenn angesichts solcher Gleichsetzungen unterschiedlicher Tatbestände aus einer relativen (oder absoluten) Verringerung der ökonomischen Stärke umstandslos der Niedergang von Hegemonie gefolgert wird.

War der Verweis auf die systematische Notwendigkeit einer hegemonialen Nation zur Sicherung globaler Stabilität in der frühen Arbeit von Kindleberger noch wesentlich historisch-deskriptiv gefasst, so hat Kindleberger, und mit ihm eine ganze Reihe weiterer Autoren (vgl. die Übersicht in Gill/Law 1988), mittlerweile diese Feststellung theoretisch auszubauen vermocht. Zum analytischen Bezugspunkt des Theorems hegemonialer Stabilität wurde die Theorie öffentlicher Güter. Öffentliche Güter unterscheiden sich von privaten Gütern, also Waren, allgemein durch die Prinzipien der Nicht-Rivalität des Konsums und der Nicht-Exklusion. M.a.W. der Konsum eines öffentlichen Gutes durch einen ökonomischen Akteur hat keinerlei negativen Auswirkungen auf die Fähigkeit eines anderen Akteurs, dieses Gut ebenfalls zu konsumieren; darüberhinaus kann ein ökonomischer Akteur von dem Konsum dieses Gutes auch dann nicht ausgeschlossen werden, wenn dieser sich an den Produktionskosten des Gutes nicht beteiligt hat. Diese Eigenschaften

öffentlicher Güter haben zur Folge, daß Mitglieder einer Gruppe, die vom Angebot eines solchen Gutes konsumtiven Nutzen haben, sich weigern, einen entsprechenden Anteil der Produktionskosten zu übernehmen und sich demgegenüber - in durchaus rationaler Weise - nach dem free rider-Prinzip verhalten. Das Ergebnis eines solchen rationalen, dem Eigeninteresse verpflichteten Handelns ist entsprechend nicht-optimal: Das systemisch benötigte öffentliche Gut wird nicht produziert. Fasst man wie Kindleberger weltwirtschaftliche Stabilität als ein solches öffentliches Gut, dann lassen sich die weltwirtschaftlichen Instabilitäten der achtziger Jahre als Resultat einer Art politischer Unterproduktionskrise interpretieren: Obwohl die systemische Notwendigkeit für Stabilisierungsleistungen äußerst hoch war, war keiner der entscheidenden Akteure bereit, sich an den Kosten der Stabilisierungsleistungen in einem solchen Ausmaß zu beteiligen, daß diese auch wirklich erbracht werden konnten. Die einzelnen Akteure verharren in einer Rationalitätsfalle, die zur Folge hat, daß das Ergebnis solch rationalen Verhaltens auf Systemebene irrationale Ergebnisse zeitigt. Daraus kann dann der Kehrschluß gezogen werden, daß das öffentliche Gut weltwirtschaftlicher Stabilität nur produziert wird, wenn eine Nation selbst unter der Gefahr eines weitverbreiteten free rider-Verhaltens bereit ist, die »Produktionskosten« zu übernehmen und Stabilität herzustellen. Weltwirtschaftliche Stabilität ist also von der Existenz einer hegemonialen Nation (leadership) abhängig, deren Basis wiederum die überlegene ökonomische Stärke eines Staates gegenüber anderen Staaten ist. Anders formuliert: Ökonomische Stärke und insbesondere eine asymmetrische Verteilung von ökonomischer Stärke zwischen Staaten ist die notwendige und hinreichende Voraussetzung für Ordnung und Stabilität der globalen Ökonomie. In den Worten von Kindleberger (1981, S.253): »... die Gefahr, der wir heute gegenüberstehen, besteht nicht darin, daß die Weltwirtschaft an zu viel Macht leidet sondern an zu wenig; es besteht kein Überschuß an Dominanz sondern ein Überfluß an Möchtegern-free ridern...«. Der Kontrast dieser These zum neoklassischen Konzept des Gleichgewichts ist reizvoll: Werden dort über das Postulat einer möglichst großen Zahl miteinander in Konkurrenz stehender ökonomischer Akteure ökonomische Machtbeziehungen ausgeschaltet, um die Gleichgewichtstendenzen des Systems nicht zu beeinträchtigen, so erfordert weltwirtschaftliche Stabilität i.S. Kindlebergers möglichst wenig kompetitive Akteure und im Idealfall sogar nur eine Nation, die über überlegene Macht i.S. überlegener Ressourcen verfügt.

Bleibt allerdings die Frage, was eine Nation mit überlegener ökonomischer Stärke veranlassen sollte, die Funktion des weltwirtschaftlichen Stabilisators zu übernehmen. Vielleicht weil sein Interesse eher dem Niedergang als der Entstehung eines hegemonialen Systems gilt, bleiben die Auskünfte von Kindleberger an dieser Stelle recht vage. Mehr oder weniger unterstellt er diesen Staaten altruistische Motive. Das läßt sich vielleicht nicht ganz von der Hand weisen, macht allerdings die vorher mühsam errichtete public good-Theorie überflüssig.

Unter welchen Umständen eine Nation zur Bereitstellung eines internationalen öffentlichen Gutes auch unter der weiter bestehenden Annahme egoistischen

Selbstinteresses der staatlichen Akteure bereit ist, kann mit Hilfe der grundlegenden theoretischen Arbeiten von Olson (vgl. z.B. 1968) gezeigt werden. Setzt man die Existenz selektiver Anreize voraus, wird es genau dann zur Produktion öffentlicher Güter kommen, wenn sich der potentielle Anbieter des öffentlichen Gutes genügend Vorteile aus seinem Produktionsangebot erwartet. Eine solche Konstellation ist dann um so wahrscheinlicher, wenn es innerhalb einer (relativ kleinen) Gruppe weltwirtschaftlicher Akteure eine Nation gibt, die gegenüber den anderen dominant ist, d.h. über genügend interne Ressourcen zur Finanzierung des öffentlichen Gutes und über genügend Macht gegenüber den anderen Akteuren verfügt, um langfristig wenigstens einen Teil der Produktionskosten abwälzen zu können. Anders formuliert: Das seigniorage muß positiv sein und als absoluter Betrag größer ausfallen als die gesamten oder relativen Produktionskosten. Snidal (1985, S.585ff.) hat nun allerdings darauf aufmerksam gemacht, daß sich ein so zustandekommendes Hegemonialsystem stark von dem hegemonialen System unterscheidet, wie es von Kindleberger beschrieben wird. Letzteres weist eine Nutzen-Kosten-Verteilung auf, bei der der Hegemon zwar einen Nettonutzen erzielt, doch die relativ kleineren Staaten einen demgegenüber höheren Nettonutzen erzielen können, weil sie vom Konsum des öffentlichen Gutes auch dann nicht ausgeschlossen werden können, wenn sie sich an den Produktionskosten nicht beteiligen. In diesem Falle ist die Weltwirtschaft durch eine Positiv-Summen-Struktur gekennzeichnet, wobei die Gewinne durchaus ungleich verteilt sein mögen: In einem solchen hegemonialen System können die »kleineren« Nationen u.U. sogar einen höheren Nettonutzen erzielen als die »große« Nation. Die für die Entstehung des hegemonialen Systems notwendige »Führungsrolle« eines Staates läßt sich mit Snidal (ebd.) als »benevolent« beschreiben. Völlig anders stellt sich die Situation im ersten Fall dar, bei dem nicht Altruismus sondern egoistisches Selbstinteresse des Staates mit überlegener ökonomischer Stärke unterstellt ist. In diesem Fall kommt es nur dann zur Entstehung eines hegemonialen Systems, wenn der überlegene Staat über die Fähigkeit verfügt, im Zweifelsfalle die Produktionskosten des internationalen öffentlichen Gutes auf die anderen beteiligten Staaten abwälzen zu können. Wieder mit Snidal (ebd.) läßt sich die »Führungsrolle« eines solchen Staates als »coercive« beschreiben. Auch in diesem Falle ist überlegene ökonomische Stärke eines Staates die Voraussetzung, damit die Rationalitätsfalle gesprengt und das öffentliche Gut angeboten werden kann. Weil jetzt aber noch das Kriterium einer hinreichend großen Kostenabwältzungskapazität dieses Staates erfüllt sein muß, reicht das statische Prinzip der ökonomischen Stärke nicht länger als Begründungsfigur aus. Die ökonomische Stärke einer Nation muß auch operativ umgesetzt werden. Dazu bedarf es einer über bloße Ressourcen- und Performanzkriterien hinausgehenden Fähigkeit.

Um diese Fähigkeit genauer zu bestimmen, ist es sinnvoll, sich zunächst zwei Verteilungen der bis lang diskutierten Kosten und Nutzen zu vergegenwärtigen. (1) Würde allein der »leader« bzw. die dominante Nation vom Angebot des internationalen öffentlichen Gutes profitieren und hätten die anderen Nationen tenden-

ziell die gesamten Kosten zu tragen, dann würde es sich um ein Nullsummenspiel und mithin im klassischen Sinne um eine imperialistische Konstellation handeln. In diese Richtung argumentierten beispielsweise frühe Arbeiten von Krasner (1976) und Gilpin (1975), die darauf verweisen, daß hegemoniale Akteure ihre dominante und überlegene Position systematisch zum Ausbau ihrer eigenen Vorteile nutzen. Hegemonie wäre dann gleichbedeutend mit einer Situation der Machtausübung, bei der ein Akteur andere Akteure gegen ihren Willen zu einem Verhalten veranlaßt, das diese ohne den Einfluß des dominanten Akteurs nicht wählen würden. Ich werde im weiteren argumentieren, daß eine solche Konstellation tatsächlich eintreten kann. Es lassen sich aber schwerlich Argumente anführen, warum unter der absehbaren Bedingung einer Nullsummenstruktur die dominierten Staaten freiwillig Teile eines solchen internationalen Systemzusammenhangs werden sollten. Geschieht dies allein wegen des (ökonomischen, politischen, militärischen) Zwangs der führenden Nation, dann wäre dieses Regime nicht-hegemonial. Die Eigenschaft eines Nullsummenspiels steht darüberhinaus in Widerspruch zu der Theorie öffentlicher Güter, wird doch das öffentliche Gut gerade durch das Merkmal des nicht-rivalisierenden Konsums definiert. Eignet sich also die führende Nation den gesamten Nutzen aus der Herstellung globaler Stabilität an, dann handelt es sich dabei nicht länger um ein öffentliches Gut. Dies mag zwar eine realitätsfähige Vorstellung sein, doch kann sie im Rahmen der hier diskutierten Argumentationsfiguren nicht bestehen. Die wenigen Untersuchungen, die nach den konkreten Bedingungen der Entstehung eines hegemonialen Systems fragen (vgl. bspw. Ikenberry 1989), können dann auch zeigen, daß die dominierten Staaten sich in der Entstehungsphase durchaus Nutzenvorteile verschaffen können. (2) Ein Hegemonie-Konzept sollte dem traditionellen Imperialismus-Konzept gerade deshalb überlegen sein, weil es das Augenmerk auf ein strategisches Verhalten der dominanten Nation richtet, die eigene Interessen auf eine solche Weise durchzusetzen versucht, bei der auch die Interessen anderer Akteure mitberücksichtigt werden. Ein solches Verständnis von Hegemonie ergibt sich aus der oben beschriebenen Verteilungskonstellation, bei der die (kostenverursachende) Bereitstellung des internationalen öffentlichen Gutes Stabilität einen Nettotonutzen ergibt, der prinzipiell von allen Beteiligten angeeignet werden kann. Dies entspricht ganz offensichtlich auch der Vorstellung Kindlebergers und ist auch die grundlegende Idee des Hegemoniekonzeptes von Gramsci, das nur dann von Hegemonie zu sprechen erlaubt, wenn in einer Konstellation »...die Interessen und Tendenzen der Gruppen, über die die Hegemonie ausgeübt wird, berücksichtigt werden, daß ein gewisses Kompromißgleichgewicht sich ausbildet, d.h. daß die führende Gruppe Opfer korporativ-ökonomischer Art auf sich nimmt« (s. Buciglucksmann 1981, S.78). Die von Gramsci angeführten Opfer der führenden Gruppe müssen dabei nicht absoluter Natur sein; der Verzicht auf die völlige Aneignung des Nettotonzens reicht aus, um von Hegemonie sprechen zu können. Im Unterschied zum Kindlebergerschen Hegemonieverständnis enthält dieses Konzept allerdings insoweit ein strategisches Moment der »führenden Gruppe«, als

diese das Maß des »Kompromißgleichgewichts« steuern und so Konsens über das Arrangement herstellen kann. Übertragen auf das Problem der Produktion eines internationalen öffentlichen Gutes heißt das, daß der führende Staat prinzipiell bestimmen kann, ob und wieviele Produktionskosten auf die anderen Staaten abgewälzt werden. Genau diese Fähigkeit wird von Strange (1987, S.565) als strukturelle Macht⁵ beschrieben: »Strukturelle Macht ist die Macht eines Staates, die Strukturen der globalen Ökonomie, innerhalb derer andere Staaten, ihre politischen Institutionen, ihre Unternehmen und (nicht zuletzt) ihre Fachleute zu operieren haben, zu wählen und zu gestalten«. Eine mittels struktureller Macht konstituierte Hegemonialordnung ist mithin immer ein prekäres Gleichgewicht aus Konsens und Zwang, das unter bestimmten Umständen zugunsten des Zwangsmomentes kippen kann. Hegemoniale Systeme enthalten also immer die Möglichkeit, daß die führende Nation systemische Strukturen zu ihren Gunsten und in ihrem Interesse einzusetzen bzw. zu verändern versucht. Diese Fähigkeit läßt sich auch so beschreiben, daß führende Nationen über ein gewisses Maß an Kontrolle verfügen, andere Staaten von dem Nutzen des öffentlichen Gutes auszuschließen. Voraussetzung dazu ist die Fähigkeit der strukturellen Macht, die auch dann vorhanden sein kann, wenn die relationale Macht resp. die ökonomische Stärke abgenommen hat. In den meisten Untersuchungen zur Hegemoniekrise wird diese Möglichkeit wegen der Konfundierungen von Macht - Hegemonie - leadership unterschlagen - und damit das eigentliche Stabilitätsproblem der globalen Ökonomie verkannt.

Obwohl in diesem Beitrag keine empirischen Belege angeführt werden können und sollen, dürfte es doch nützlich sein, die mit der Entkoppelung von relationaler und struktureller Macht implizierte These des Umschlags der Nutzenverteilung zu illustrieren. Der im Zuge der siebziger Jahre entstandene monetäre Weltmarkt bietet sich als Beleg für die strukturelle Macht der USA geradezu an. Schon die 1971 von der Nixon-Regierung einseitig vorgenommene Auflösung der Einlösepflicht von im Ausland gehaltenen Dollar gegen Zentralbankgold und die mit der Wechselkursfreigabe beförderte Abwertung des US-Dollar hat gezeigt, daß und wie die USA in der Lage sind, wirtschaftspolitische Anpassungskosten auf die - privaten und institutionellen - internationalen Vermögensbesitzer abzuwälzen; am offensichtlichsten genutzt wurde die strukturelle Macht während der Reagan-Ära, als mit zinspolitischen Mitteln der »Überkonsumismus« (Davis) der US-Gesellschaft ermöglicht und die Kosten zunächst auf die kreditabhängigen verschuldeten Länder der Dritten Welt und später auf die internationalen Dollar-Gläubiger abgewälzt werden konnten (vgl. Hübner 1988). Die Gemeinsamkeit dieser Beispiele für strukturelle Macht liegt in der fortbestehenden Fähigkeit der USA, Entscheidungen treffen zu können, die für die anderen Staaten (Akteure) folgenreich sind und Chancen wie constraints beinhalten (vgl. zu diesem Verständnis Rohwer 1990). Anders als Strange (1988, S.236) möchte ich diese Beispiele allerdings nicht als Belege ungebrochener struktureller Macht interpretiert wissen. Wie ich im letzten Abschnitt diskutieren will, handelt es sich vielmehr um die Praktizie-

rung struktureller Macht in einer seit den späten siebziger Jahren gewandelten globalen Ökonomie, die durch Momente von Oligopolisierung und erhöhter Interdependenz gekennzeichnet ist. Für die Nation mit struktureller Macht stellt sich damit immer die Möglichkeit einer negativen Rückkoppelungsschleife, d.h. die Ausübung struktureller Macht kann ihrerseits constraints produzieren, die die weitere Praxis struktureller Macht begrenzen. Festzuhalten bleibt an dieser Stelle, daß (a) zwischen relationaler und struktureller Macht unterschieden und (b) sich zwischen beiden eine Schere auf tun kann, ohne daß deshalb sofort von einem Niedergang der Hegemonie gesprochen werden sollte.

3.3. Hegemonie und Kooperation

Folgt man einer solchen Argumentation, dann bleibt die Frage, wie das während der achtziger Jahre zu beobachtende internationale Management der Instabilitäten der globalen Ökonomie erklärt werden kann. Ich möchte bei der Klärung dieses Problems so vorgehen, daß ich zunächst den Extremfall diskutiere, ob und wie es auch ohne einen Hegemonen zur Produktion des internationalen öffentlichen Gutes kommen kann. Auf die polit-ökonomischen Probleme einer solchen Kooperation wird im letzten Abschnitt eingegangen.

Von Kindleberger wird die Möglichkeit internationaler Kooperation zur Produktion des öffentlichen Gutes explizit verneint (vgl. bspw. Kindleberger 1981, S.251). Eine explizite Begründung für diese These liefert Geiger (1987, S.7), derzufolge es nur dann zur Kooperation kommt, wenn eine globale Instanz für die erforderlichen Anreize und Sanktionen bei den Nationalstaaten sorgt. Weil es eine solche Instanz, etwa eine Weltregierung, nicht gibt und es sie, so Geiger, in absehbarer Zukunft auch nicht geben wird, bedürfte es zur Lösung des Problems einer hegemonialen Nation. Dieses »Unmöglichkeitstheorem« ist allerdings theoretisch unbegründet. Wie Snidal (1985) zu zeigen vermochte, kann es sehr wohl auch dann zu kollektivem Handeln und zur Produktion eines öffentlichen Gutes kommen, wenn die individuellen und kollektiven Interessen der Akteure miteinander konfliktieren und kein »benevolent« Hegemon existiert. Eine der von ihm diskutierten Varianten, bei denen es auch ohne führende Nation zur internationalen Kooperation und zur Herstellung von Stabilität kommt, ist der Fall einer hinreichend kleinen Zahl von Staaten, die sich aus den vergangenen free ridern (»sekundäre Mächte«) und der vormaligen führenden Nation zusammensetzt. Soweit sekundäre Mächte, so Snidal (1985, S.612), einen Anreiz haben, den Kollaps der globalen Ökonomie zu verhindern, werden sie sich an der Bereitstellung des öffentlichen Gutes beteiligen. Die Wahrscheinlichkeit einer solchen internationalen Kooperation ist um so größer, je kleiner die Zahl der zur Produktion des öffentlichen Gutes fähigen Staaten ist. Nimmt man dieses Ergebnis auf, dann ist klar, daß (a) der Verlust an ökonomischer Stärke und struktureller Macht eines Landes nicht zum Kollaps des Regimes führen muß und (b) eine zu große Zahl von Kooperanden die Wahrscheinlichkeit der Sicherung von Stabilität senkt. Als

argumentatives Unterfutter einer solchen Lösung des »Versorgungsproblems« lassen sich entweder die Erkenntnisse des Coase-Theorems (vgl. Keohane 1984, S.85ff.) oder der Theorie strategischer Spiele heranziehen (vgl. Snidal 1985, S.600ff.). Im letzteren Fall wird die übliche Annahme des public good-Ansatzes, wonach sich die Akteure entsprechend ihrem Eigeninteresse verhalten, aufgegeben und durch die realitätsnähere Annahme strategischer Rationalität ersetzt. Die Akteure nehmen dabei sowohl die Handlungen der anderen »Spieler« als auch die Interessen auf verschiedenen Feldern der Politik in dynamischer Perspektive in ihr Kalkül auf. Weil auf diesem Wege alle Akteure zu berücksichtigen haben, daß eine mögliche Nicht-Kooperation auf einem Politikfeld zu unerwünschtem Verhalten der anderen Akteure auf anderen Gebieten führen, wird die Ausfüllung der pay off-Matrix, also der Kosten-Nutzen-Verteilung, komplexer. So ist es etwa vorstellbar, daß auch die Vermeidung hoher Kosten ein Motiv zur Kooperation darstellen kann. Entscheidend für das Gelingen von Kooperation ist dabei die relative Größe der Akteure gemessen als Grad der Ausstattung an Ressourcen: Eine kleine Zahl relativ großer Staaten wird sich im Falle eines Niedergangs der hegemonialen Nation dann zu einer kooperativen Produktion des öffentlichen Gutes entscheiden, wenn die damit einhergehenden Nutzen größer ausfallen als die erwarteten Kosten einer Auflösung des hegemonialen Systems. Daß die relativ kleineren Staaten weiterhin free ride praktizieren, tut einer kooperativen Lösung keinen Abbruch (Snidal 1985, S.602).

Ein zweites Zwischenergebnis kann jetzt formuliert werden. Die Herstellung weltwirtschaftlicher Stabilität ist, anders als dies das Theorem hegemonialer Stabilität behauptet, keineswegs an die Existenz einer hegemonialen Nation gebunden. Auch im Falle des relativen Positionsverlustes einer Hegemonialnation wie den USA seit den siebziger Jahren besteht prinzipiell die Möglichkeit, daß kollektive Handlungen einer kleinen Zahl von Akteuren äquifunktionale Leistungen zu erbringen vermögen. Hegemoniale und kooperative Sicherstellungen weltwirtschaftlicher Stabilität müssen analytisch als zwei gesonderte Formen der Steuerung des globalen Reproduktionsprozesses behandelt werden.⁶

3.4. Kooperation vs. Konflikt

Beide bislang diskutierten Einwände gegen die Kindlebergersche Version der Theorie hegemonialer Stabilität sollen nicht als völlige Demontage dieses Konzeptes verstanden werden. Sie zielen allein auf den Nachweis, daß der dort verwendete Machtbegriff zu unspezifisch ist und Hegemonie nur eine Lösungsform des Stabilitätsproblems der globalen Ökonomie darstellt. Diese Fixierung auf eine hegemoniale Lösung ist nun nicht allein eine Schwäche des Theorems hegemonialer Stabilität. In besonderer Weise wird diese Schwäche von den Theorien des Weltsystems und der Hegemonialzyklen⁷ geteilt. Die dort vorgenommene uniforme Beschreibung der Entwicklungsgeschichte des globalen Kapitalismus als eines immerwährenden Zyklus von Aufstieg und Niedergang führender Mächte

wird analytisch noch dadurch verdoppelt, daß Wallerstein für alle Niedergangsphasen hegemonialer Mächte immer die gleichen Gründe verantwortlich macht. In den jeweiligen hegemonialen Mächten sei im Vergleich zu den Rivalen die Gesamtproduktivität aufgrund veralteter Fabriken und steigender Kosten der Produktionsfaktoren, verbunden mit hohen ökonomischen Kosten für die politische und militärische Aufrechterhaltung des Imperiums, die zu steigenden Steuersätzen und damit zur weiteren Belastung der komparativen Kosten führten, zurückgegangen (Wallerstein 1987, S.19). Solche großflächigen Thesen tragen allerdings schon allein wegen der Ausblendung historisch-spezifischer Akkumulations- und Regulationsformen wenig zur Klärung konkreter weltwirtschaftlicher Entwicklungen bei.

Auch im world-system approach⁸ werden Niedergang einer Hegemonialmacht und Aufstieg einer neuen Hegemonialmacht als ein quasi-automatischer Prozess gefasst. Das Verbindungsglied zwischen beiden Phasen des Hegemonialzyklus ist dabei die Theorie der Langen Wellen.⁹ In den Worten von Boswell/Bergesen (1987, S.5):

»Beide Zyklen sind nicht voneinander abgekoppelt; hegemonialer Abstieg ereignet sich während einer langen Stagnation und eine konkurrierende hegemoniale Nation steigt auf, wenn ein expansiver Prozeß in Gang kommt.«

Dabei soll es sich nicht um eine bloße Korrelation sondern um einen ursächlichen Zusammenhang handeln. M.a.W.: Wie im Theorem hegemonialer Stabilität findet man auch im Weltsystem- bzw. im world leadership-Ansatz die These, daß die Ursache des Abschlusses einer langen Phase beschleunigter Akkumulation im Niedergang der jeweiligen Hegemonialmacht zu finden sei und daß umgekehrt die Überwindung einer langen Phase der Stagnation an die Existenz eines neuen Hegemonialzentrums gebunden sei. Soweit also nichts Neues. Beide Ansätze erlauben allerdings eine Fassung unseres Stabilitätsproblems, die über den Rahmen der Theorie hegemonialer Stabilität hinausgeht. Zum ersten wird der Untersuchungsgegenstand nicht auf die Gruppe der »Kernländer« der Weltwirtschaft begrenzt. Im Sinne des Weltsystem-Ansatzes wird vielmehr zwischen »Zentrum«, »Peripherie« und »Semiperipherie« unterschieden und damit die Hierarchiestruktur innerhalb von Hegemonialsystemen anerkannt.

Diese Differenzierung in Rechnung gestellt, wird es fraglich, ob weltwirtschaftliche Stabilität analytisch als öffentliches Gut behandelt werden kann. Insbesondere mit Blick auf die Peripherie liegt es nämlich nicht länger auf der Hand, daß das Prinzip des Nicht-Ausschlusses auch erfüllt wird. Ohne an dieser Stelle dem naiven dependencia-Argument des Weltsystem-Ansatzes folgen zu wollen, darf dennoch vermutet werden, daß insbesondere die ökonomisch schwächeren Länder in einer inferioren Weise in die Weltwirtschaft integriert sind und deshalb (a) nur unterproportional von etwaigen Stabilitätzuständen profitieren und (b) von den positiven Effekten sogar ausgeschlossen werden können. Weltwirtschaftliche Stabilität, so könnte man argumentieren, beschränkt sich in erster Linie auf die Zentren der Weltwirtschaft und wäre in diesem Sinne als eine Art exklusives öffentli-

ches Gut bzw. ein positionales Gut zu interpretieren. Ein zweiter Vorteil ist darin zu sehen, daß die im Kontext des Weltsystem-Ansatzes formulierte Hegemonialzyklus-Theorie - im Unterschied zum Theorem hegemonialer Stabilität - eine Art von »Lebensmodell« eines hegemonialen Systems anbietet, das verschiedene Phasen zu unterscheiden sucht und so der Dualität von Konsens und Zwang bei der Lösung des Stabilitätsproblems Rechnung trägt. Von George Modelski (1983) und William R. Thompson (1981; 1983) wird der Verlauf eines Hegemonialzyklus in vier Phasen zerlegt: (a) Die aus einem globalen Krieg um die Führungsrolle im internationalen System als Sieger hervorgegangene Hegemonialmacht steuert (b) im Zuge der Ausübung ihrer Hegemonialposition und den ihr entsprechenden Funktionen auf (c) einen Prozess der »Delegitimierung« und (d) der »De-konzentration« zu. Damit aus dem Abbau der Dominanzposition eine Hegemoniekrise wird, müssen die von der Hegemonialmacht implementierten und von den internationalen Institutionen reproduzierten ökonomischen, politischen und ideologischen Interaktionsmuster und -normen auf - offene und/oder verdeckte - Widerstände stossen. Diese Konflikte sollen sodann in einen »globalen Krieg« münden, dessen Ausgang über die neuen Konkurrenz- und Hierarchiepositionen entscheidet (Modelski 1983, S.125 ff.). Trotz aller analytischen Verfeinerungen (vgl. etwa Modelski 1987; Modelski/Thompson 1987) erweist sich dieses Lebensmodell für konkret-historische Untersuchungen als zu grobschlächtig, weil es den historischen Formen weltwirtschaftlicher Reproduktion nur unzureichend Rechnung trägt. Nichtsdestotrotz eröffnet dieses dynamische Konzept den Blick auf zwei für die Stabilitätsanalyse zentrale Ereignisse: (a) Die Ablösung einer hegemonialen Macht geht mit tiefgreifenden Konflikten einher, die selbst wiederum die Stabilitätseigenschaften des hegemonialen Systems belasten; (b) in der Endphase eines Hegemoniezyklus stehen der »alten« Hegemonialmacht Herausforderer in Gestalt von Nationalstaaten gegenüber, die an ökonomischer Stärke und politischer Macht gewonnen haben. Entscheidend dabei ist nicht, daß diese Herausforderer selbst in der Lage sein müssen, die Hegemoniefunktion auszuüben. Es reicht aus, daß ihre neugewonnene ökonomische Stärke die Funktionsausübung der »alten« Hegemonialmacht, insbesondere deren strukturelle Macht begrenzt. Das daraus resultierende Konfliktpotential wiederum ist in Rechnung zu stellen, wenn über die kooperativen Steuerungsmöglichkeiten reflektiert wird. Dieses Konfliktpotential muß sich keineswegs, darauf verweist mit Recht Kumon (1987, S.74), in einem »globalen Krieg« entladen. Zwischenstaatliche Konflikte können auch in ökonomischen und politischen Formen ausgetragen werden und auf diesem Wege zur Unterminierung oder gar Auflösung bestehender internationaler Regimes beitragen sowie die Produktion internationaler öffentlicher Güter unterbinden.

4. Interdependenz und strukturelle Macht

Wenn nun, wie hier zu zeigen versucht wurde, der relative Verlust an ökonomischer Stärke einer bislang international überlegenen Ökonomie nicht mit dem

Verlust an Hegemonie gleichgesetzt werden kann und Stabilität der globalen Ökonomie auch bei nicht-hegemonialen Konstellationen erzielt werden kann, dann stellt sich die Frage, wie die Konstellationen der globalen Ökonomie der achtziger Jahre angemessen beschrieben und erklärt werden können. Es dürfte nicht überraschen, wenn hier vorgeschlagen wird, dabei dem Begriff der strukturalen Macht eine Schlüsselstellung einzuräumen. Allerdings muß dieses Konzept von den statischen Konnotationen befreit werden, das es bei Strange hat, die zumindest implizit von der stabilen Fähigkeit der Nation mit strukturaler Macht ausgeht, diese auch auszuüben (vgl. bspw. Strange 1988, S.237). Hilfreich sein kann dabei eine Verknüpfung des Konzeptes strukturaler Macht mit dem Konzept der Interdependenz. Häufig wird mit Interdependenz einfach der empirische Befund einer hohen wechselseitigen Verflechtung nationaler ökonomischer Operationen und Transaktionen bezeichnet. So beschreibt bspw. für Cooper (1968) Interdependenz einen Prozeß, bei dem die Sensitivität einer nationalen Ökonomie gegenüber Ereignissen in anderen Nationalökonomien erhöht wird. Waltz (1970, S.210)) wiederum versteht unter Interdependenz eine wechselseitige Dependenz i.d.S., daß zwei oder mehr Nationalökonomien voneinander abhängen, weil sie Waren und Dienstleistungen miteinander tauschen, die jeweils nicht oder nur schwierig in den eigenen Volkswirtschaften hergestellt werden können. Keohane und Nye (1972) haben ihrerseits darauf hingewiesen, daß von Interdependenz nicht bereits bei Vorliegen solcher interindustrieller oder komplementärer Tauschstrukturen gesprochen werden kann; Interdependenz liegt ihnen zufolge erst vor, wenn die reziproken Effekte des Handels für die Beteiligten constraints (oder Kosten) zur Folge haben, zumindest solche Kosten des Verlustes an nationaler Politikautonomie, die aus internationalen Verflechtungen resultieren können. Ausgehend von einem solchen Konzept von Interdependenz haben beide Autoren in einer späteren Arbeit versucht, die Zusammenhänge zwischen Interdependenz und Macht zu klären (Keohane/Nye 1977), indem sie Grad und Qualität der wechselseitigen Abhängigkeiten nach sensitivity (Sensitivität) und vulnerability (Verletzlichkeit) differenzieren. Sensitivität meint dabei das Maß der Intensität von Wirkungen externer Ereignisse auf eine nationale Ökonomie, die sich in Gestalt von Anpassungskosten an die neue Situation einstellen. Verletzlichkeit stellt demgegenüber darauf ab, über wieviele Anpassungsalternativen eine nationale Ökonomie verfügt und welche Kosten damit jeweils verbunden sind. Sassoon (1981, S.39) gibt ein anschauliches Beispiel für diese Begriffe: Zwei Länder, die jeweils 35 Prozent ihres benötigten Erdöls importieren, weisen hinsichtlich eines Anstiegs der Rohölpreise die gleiche Sensitivität auf; hat allerdings eine der beiden Nationen die Option, zu akzeptablen Kosten auf eigene Erdölquellen zurückzugreifen, dann unterscheidet sich die Verletzlichkeit beider Ökonomien deutlich.

Insbesondere der Begriff der Verletzlichkeit kann nun unser Verständnis von strukturaler Macht weiter klären. Von strukturaler Macht einer Nation sollte nämlich nur dann gesprochen werden, wenn eine Nation über relativ mehr Handlungsoptionen im Falle »externer Störungen« als andere Nationen verfügt und wenn sie

in der Lage ist, die von ihr präferierte Option gegenüber den anderen Nationen durchzusetzen. Strukturelle Macht verbindet sich dabei nur dann mit Hegemonie, wenn diese Nation aus ihrem »Menü« eine solche Option wählt, die auch die Interessen der anderen Akteure berücksichtigt.

In diesem Sinne kann dann seit den frühen siebziger Jahren nicht länger von einer Hegemonie der USA im globalen Kapitalismus gesprochen werden. (1) Die USA haben seit der einseitigen Auflösung des Bretton Woods-Systems ihre strukturelle Macht in der Weltökonomie immer mehr zugunsten ihrer jeweiligen internen Interessen eingesetzt und dabei das Set ihrer Handlungs- und Strategioptionen immer mehr eingegrenzt. »Während in den fünfziger und sechziger Jahren«, restümiert Arrighi (1982, S.65), »die nationalen Interessen häufig zugunsten der Errichtung und Reproduktion einer kapitalistischen Weltordnung zurückgestellt wurden, wurde die Reproduktion einer solchen Ordnung Mitte und Ende der siebziger Jahre dem nationalen Interesse eines Anstiegs des inländischen Wirtschaftswachstums untergeordnet«. Ein beredtes Beispiel bietet die ab 1979 verfolgte US-amerikanische Hochzinspolitik, die den internationalen Vermögensbesitzern überdurchschnittliche Renditen in Dollaranlagen gewährte und den verschiedenen Sektoren der US-Wirtschaft eine Form des »geborgten Konsums« verschaffte, dessen Preis sie erst seit Anfang der neunziger Jahre zu zahlen beginnen. Die Kosten dieses Interessenegoismus hatten und haben die verschuldeten Länder der kapitalistischen Peripherie zu tragen, die seit Beginn der achtziger Jahre ein crowding out auf den internationalen Kreditmärkten erleben. Kosten entstehen aber auch für die Gläubiger der USA, die infolge der Abwertung des US-Dollar einen geringeren Gegenwert zurückerhalten als sie verliehen haben. Um ein Beispiel zu geben: Dank der Abwertung des Dollar zur D-Mark können die US-Schuldner heute jeden vor fünf Jahren geliehenen Dollar mit 50 Cent zurückzahlen. In Kategorien von Macht ausgedrückt besteht der wichtigste von den USA zu zahlende Preis in der Verringerung der zur Verfügung stehenden Handlungsalternativen, insofern (a) die Gläubiger der USA ökonomischen Druck auf die Handlungen ausüben vermögen und (b) die Abhängigkeit von ausländischen Krediten angesichts der durch die Verschiebung der Relativpreise ausgelösten Disproportionen der Ökonomie (vgl. dazu Altvater/Hübner 1989) groß geworden ist. Daß die USA allerdings nicht jegliche strukturelle Macht verloren haben, verdankt sich dem Umstand, daß die im Ausland aufgenommenen Kredite in US-Dollar denominated sind und mithin der Wert dieser Dollarkredite durch wirtschaftspolitische Maßnahmen reduziert werden kann. Genau dieses implizite Drohpotential, das anderen Ländern in der Form nicht zur Verfügung steht, macht die verringerte aber noch bestehende strukturelle Macht der USA aus. (2) Der Verlust an ökonomischer Stärke der USA ging mit einem spiegelbildlichen Zugewinn an ökonomischer Stärke seitens Europa, Japan und einiger südostasiatischer Schwellenländer einher. Diese Positionsverschiebungen sind für Padoan (1986) Anlaß, von einem Übergang eines hegemonialen Systems in ein oligopolistisches System zu sprechen. Damit wird von ihm eine Konstellation des globalen Kapitalismus beschrie-

ben, bei der eine kleine Zahl von Ländern in der Lage sind, die Entwicklung des globalen Systems zu beeinflussen. Gemäß dieser Interpretationsfolie verfügen dann alle diese Länder über eine Vetomacht und keines über strukturelle Macht. Das Beispiel des internationalen Kreditregimes kann wieder veranschaulichen, daß eine solche Interpretation überzogen ist. Zwar zählt der Aufstieg der D-Mark und des japanischen Yen zu den wichtigsten Reservewährungen der Welt zu den markantesten Strukturverschiebungen der globalen Ökonomie, doch hat der US-Dollar weiterhin die Weltgeldrolle inne, mit dem ein überwiegender Teil der internationalen Kredit- und Handelskontrakte abgeschlossen werden. Japan und die BRD verfügen zwar regional über strukturelle Macht, nicht aber innerhalb der globalen Ökonomie. Es entspricht dem seigniorage-Prinzip, daß die USA den ihr daraus zuwachsenden Vorteil exklusiv zu nutzen versuchen. Solange das »internationale Währungs- und Kreditspiel« in US-Dollar gespielt wird, befinden sich die Mitspieler in einer letztlich inferioren Position. Aber auch hier gilt: Jedes einseitige Vorteilziehen der USA aus ihrer strukturalen Machtposition gefährdet die Stabilität der globalen Ökonomie und erhöht die ökonomischen Anpassungskosten für alle. Nicht der Verlust ökonomischer Stärke sondern der spezifische Gebrauch strukturaler Macht seitens der USA gibt der Rede von der Hegemoniekrise mithin ihre analytische Berechtigung

Anmerkungen

- 1 Daß dieses »burden sharing« gerade im Fall dieses Nord-Süd-Konfliktes reibungslos funktioniert, sollte nicht verwundern; vielmehr dürften sich hier Konturen einer neuen Weltordnung abzeichnen, die im Laufe der neunziger Jahre etabliert sein könnte.
- 2 »...imperial overstretch: that is to say, decision-makers in Washington must face the awkward and enduring fact that the sum total of the United States' global interest and obligations is nowadays far larger than the country's power to defend them all simultaneously« (Kennedy 1989, S.515).
- 3 Ein noch weitergehender methodischer Vorschlag findet sich in Strange (1989, S.32): » It follows that the structural power of the United States is not to be measured by the value of the goods and services produced within the territorial United States... Nor yet it is to be measured by the value of such goods sold on (exported to) the world market. If it can be estimated at all, it is the total value of goods and services produced by large companies responsive to policy decisions taken by the U.S.government«. Ein derart weit definiertes Maß dürfte sich allerdings vernünftigen Interpretationen entziehen.
- 4 Wenn im weiteren von »Stabilität« gesprochen wird, dann in dem technischen Sinne, wonach eine ökonomische Konstellation, die sich als Ergebnis vieler einzelner Handlungen ergibt, über einen Zeitablauf bestehen bleibt. In diesem Sinne können selbstredend auch Ungleichgewichte stabil sein.
- 5 Ich ziehe es vor, »structural power« mit strukturaler Macht zu übersetzen. Auf die scheinbar naheliegende Übersetzung in »strukturelle Macht« habe ich verzichtet, weil dieser verbreitete Begriff m.E. wenig analytisch fundiert ist und häufig genug als als begriffliches Passepartout fungiert, mit dem alle die Machtbeziehungen angesprochen sind, die nicht genauer beschrieben werden können.
- 6 Dieser Differenzierung trägt beispielsweise der Cuomo-Report zur Analyse der verlorenen hegemonialposition der USA Rechnung: »The world can no longer count on one country to come to the rescue. The world economy is too large, trade and financial transactions are too active, and are too many players for any one country to play the role formerly filled by the U.S.Global

- growth now depends on international economic cooperation, and that requires a clearly defined role for government« (Cuomo 1988, S.69). Die Unterscheidung zwischen hegemonialer und kooperativer Steuerung wird hier allerdings vorschnell zum Anlaß genommen, aufgrund veränderter ökonomischer Rahmenbedingungen der hegemonialen Steuerung zukünftig jede Realisierungschance abzuspüren. Aus dem Blick gerät dabei, daß bedrängte Hegemonialnationen sehr wohl ihre Vorteilsposition innerhalb des hegemonialen Systems zu nutzen vermögen, um durch Abwälzung von Anpassungslasten die alte Vorteilsposition zurückzugewinnen. M.a.W. wird das konfliktorische Verhältnis zwischen hegemonialer und kooperativer Steuerung ausgeblendet.
- 7 Das Label Hegemonialzyklus-Theorien wird von den Vertretern dieses Ansatzes selbst nicht gebraucht. Gesprochen wird vielmehr von einer Theorie langer Zyklen der »world leadership« (vgl. etwa Modelski 1983, dessen Arbeit den Titel trägt: »Long cycles of World Leadership«). Rapkin (1987, S.134 ff.) vermochte allerdings überzeugend zu zeigen, daß im Kern Hegemonie und world leadership synonyme Bedeutungen haben.
 - 8 Unter world-system kann man Boswell/Bergesen (1987, S.4) verstehen »... the grid of interdependent exchange of necessities for profit produced by the international division of labor. The origins of the modern world-system can be traced to the expansion of the merchant capitalism in the sixteenth century to include the large-scale exchange of agricultural production...But since the Industrial Revolution, we can characterize the structure of the world division of labor by dividing it into a core of industrial nations (that is, the United States, Western Europe, and Japan) with a diversity of capital intensive corporations employing highly productive and highly paid wage workers, a periphery of largely agricultural nations with export-oriented and labor-intensive enterprises utilizing low wage and politically restricted labor, and a semi-periphery which combines elements of both core and periphery, and stabilizes the system by preventing polarization. The exchange grid is inherently unequal, transferring surplus value to the core at the expense of the rest of the system such that development in the core results in underdevelopment in the periphery«. Das entwicklungstheoretische Element des Konzeptes von world-system ist wenig überzeugend, weil die kapitalistische Weltwirtschaft als eine Art Nullsummenspiel gefaßt wird, bei dem die Gewinne des Zentrums aus den Verlusten der Peripherie resultieren (vgl. dazu Hübner 1986). Das in dieser Arbeit formulierte Verständnis von Hegemonie kann in einem solchen Ansatz nicht verankert werden.
 - 9 Bekanntermaßen ist das Konzept der Langer Wellen in seinen theoretischen Grundlagen keineswegs unumstritten. Am entscheidendsten für unseren Zusammenhang ist dabei die vielfach geäußerte Kritik (vgl. etwa Stanger 1988; Hübner/Stanger 1986), daß mit dem Langer Wellen-Konzept zwar der obere aber nicht der untere Wendepunkt einer Langer Welle erklärt werden kann. Die Hegemonie-These könnte u.U. dazu beitragen, diese Lücke zu schließen. Umgekehrt kann aber nicht die Theorie Langer Wellen helfen, den Aufstieg einer neuen Hegemonialmacht zu erklären. In der world-system-Literatur wird dieses Problem, soweit ich es übersehe, nicht wahrgenommen. Ein - wenig überzeugender - Vermittlungsversuch findet sich in Goldstein (1988).

Literatur

- Altwater, E./Hübner, K. (1989): The End of the U.S. Empire? Monetary and Real Aspects of the United States' Hegemonial Crisis, in: Vöth, W. (ed.): *Political Regulation in the »Great Crisis«*, Berlin
- Altwater, E./Hübner, K./ Stanger, M. (1983): *Alternative Wirtschaftspolitik jenseits des Keynesianismus*, Opladen
- Arrighi, G. (1982): A Crisis of Hegemony, in: Amin, S./Arrighi, G./Frank, A.G./Wallerstein, I. (eds.): *Dynamics of Global Crisis*, London
- Behrman, J.N. (1987): *The Rise of the Phoenix. The United States in a Restructured World Economy*, Boulder
- Boswell, T./Bergesen, A. (1987): *America's Changing Role in the World-System*, Beverly Hills
- Branson, W. (1980): Trends in United States International Trade and Investment Since World War II, in: Feldstein, M. (ed.): *The American Economy in Transition*, Chicago
- Brown, W.H. (1940): *The International Gold Standard Reinterpreted, 1914-1934*, 2 Bde., New York

- Buci-Glucksmann, Ch. (1981): *Gramsci und der Staat. Für eine materialistische Theorie der Philosophie*, Köln
- Carrounis, Ch.C. (1988): *The United States Trade Deficit of the 1980s. Origins, Meanings, and Policy Responses*, New York
- Cohen, B.(1977): *Organizing the World's Money. The Political Economy of International Monetary Relations*, London
- Cooper, R.N. (1968): *The Economics of Interdependence*, New York
- Cuomo Commission Report (1988): *A New Formula for a Strong Economy*, New York
- Friedberg, A.L. (1989): The Strategic Implications of Relative Economic Decline, in: *Political Science Quarterly*, Vol. 104, No 3
- Funke, M. (1989): On the U.S.Trade Imbalances, in: *Konjunkturpolitik*, Heft 1-2
- Geiger, Th. (1988): *The Future of the International System: The United States and the World Political Economy*, Boston
- Gill, St./Law, D. (1988): *The Global Political Economy. Perspectives, problems, and policies*, New York
- Gilpin, R. (1975): *US Power and the Multinational Corporation: The Political Economy of Foreign Direct Investment*, New York
- Goldstein, J.S.(1988): *Long Cycles. Prosperity and War in the Modern Age*, New Haven
- Herr, H. (1986): *Weltgeld und Währungssystem*, IIM/LMP 86-25, Wissenschaftszentrum Berlin
- Herr, H. (1987): *Zur Stabilisierung ökonomischer Prozesse durch institutionelle Regulierungen*, Wissenschaftszentrum Berlin, IIM/LMP 87-13, Berlin
- Hilke, J.C./Nelson, Ph.B. (1988): *U.S.International Competitiveness. Evolution or Revolution?*, New York
- Hübner, K. (1987): The Crisis of the World Capitalist Economy and the Crisis of the Theory of the World Market, in: *Socialism in the World*, No 59, Beograd
- Hübner, K. (1988): Flexibilisierung und Verselbständigung des monetären Weltmarktes. Hindernisse für einen neuen langen Aufschwung?, in: *PROKLA 71*, Berlin
- Hübner, K. (1989): *Theorie der Regulation. Eine kritische Rekonstruktion eines neuen Ansatzes der Politischen Ökonomie*, Berlin
- Hübner, K./Stanger, M. (1986): Ein technologischer Ausweg aus der Krise? - Der Kapitalismus vor einem neuen Aufschwung?, in: *Gewerkschaftliche Monatshefte*, Nr. 6
- Ikenberry, G.J. (1989): Rethinking the Origins of American Hegemony, in: *Political Science Quarterly*, Vol. 104, No 3
- Ilggen, Th.L. (1985): *Autonomy and Interdependence. U.S.- Western European Monetary and Trade Relations*, Totowa
- Kennedy, P. (1989): *The Rise and Fall of the Great Powers. Economic Change and Military Conflict from 1500 to 2000*, New York
- Keohane, R. (1984): *After Hegemony. Cooperation and Discord in the World Political Economy*, Princeton
- Keohane, R.O./Nye, J.S.(1972): *Transnational Relations and World Politics*, Cambridge
- Keohane, R.O./Nye, J.S.(1977): *Power and Interdependence. World Politics in Transition*, Cambridge
- Kindleberger, Ch.P. (1973): *Die Weltwirtschaftskrise*, München
- Kindleberger, Ch.P. (1981): Dominance and Leadership in International Political Economy: Exploitation, Public Goods, and Free Rides, in: *International Studies Quarterly*, Vol. 25, No 2
- Kindleberger, Ch.P. (1988): *The International Economic Order. Essays on Financial Crisis and International Public Goods*, New York
- Krasner, St. (1976): State Power and the Structure of Foreign Trade, in: *World Politics*, Vol. 28
- Kremp, E./Mistral, J. (1985): *Commerce extérieur américain: d'où vient, où va le déficit?*, CEPREMAP, Série des Tirés a part, No 161
- Kumon, S.(1987): The Theory of Long Cycles Examined, in: Modelski, G. (ed.): *Exploring Long Cycles*, Boulder
- Lipsey, R. (o.J.): *The International Competitiveness of U.S.Firms*, National Bureau of Economic

Research, Report 6

- Lüken-Klaßen, M./Betz, K. (1989): Weltmarkt und Abhängigkeit, in: Riese, H./Spahn, H.-P. (Hrsg.): *Internationale Geldwirtschaft*, Regensburg
- Modelski, G. (1981): Long Cycles, Kondratieffs, and Alternating Innovations: Implications for U.S. Foreign Policy, in: Kegley, Ch.W./McGowan, P. (eds.): *The Political Economy of Foreign Policy Behaviour*, Beverly Hills
- Modelski, G. (1983): Long Cycles of World Leadership, in: Thompson, W.R. (ed.): *Contending Approaches to World-System Analysis*, Beverly Hills
- Modelski, G. (1987): A System Model of the Long Cycle, in: ders. (ed.): *Exploring Long Cycles*, Boulder
- Modelski, G./Thompson, W.R. (1987): Testing Cobweb Models of the Long Cycle, in: Modelski, G. (ed.): *Exploring Long Cycles*, Boulder
- Olson, M. (1968): *Die Logik kollektiven Handelns*, Göttingen
- Padoa-Schioppa, C. (1986): *The Political Economy of International Financial Instability*, London
- Rapkin, D.P. (1987): World Leadership, in: Modelski, G. (ed.): *Exploring Long Cycles*, Boulder
- Rapping, L.A. (1988): *International Reorganisation and American Economic Policy*, New York
- Sassoon, J. (1981): Interdependence in the International System: A Survey of the Literature, in: *International Organization*, No 2
- Snidal, D. (1985): The Limits of Hegemonic Stability Theory, in: *International Organization*, Vol. 39, No 4
- Stanger, M. (1989): *Krisentendenzen der Kapitalakkumulation. Theoretische Kontroversen und empirische Befunde*, Berlin
- Starr, M.K./Ullmann, J.E. (1988): The Myth of U.S. Industrial Supremacy, in: Starr, M.K. (ed.): *Global Competitiveness. Getting the U.S. Back on Track*, New York
- Strange, S. (1987): The Persistent Myth of Lost Hegemony, in: *International Organization*, Vol. 41, No 4
- Strange, S. (1988): *States and Markets. An Introduction to International Political Economy*, London
- Strange, S. (1989): Toward a Theory of Transnational Empire, in: Vöth, W. (ed.): *Political Regulation in the »Great Crisis«*, Berlin
- Thompson, W.R. (1983): The World-Economy, the Long Cycle, and the Question of World-System Time, in: McGowan, P./Kegley, Ch.W. (eds.): *Foreign Policy and the Modern World-System*, Beverly Hills
- Wallerstein, I. (1984): The Three Instances of hegemony in the History of the Capitalist World-Economy, in: ders. (ed.): *The Politics of the World-Economy*, Cambridge
- Wallerstein, I. (1987): The United States and the World »Crisis«, in: Boswell, T./Bergesen, A. (eds.): *America's Changing Role in the World-System*, New York
- Waltz, K.N. (1970): The Myth of National Interdependence, in: Kindleberger, Ch.P. (ed.): *The International Corporation*, Cambridge